



FDP-Landesverband M-V | Friedensstr. 34 | 19053 Schwerin

LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Netzwerk für LSBTIQ* Vereine, Gruppen und
Einzelpersonen in MV
Lübecker Straße 43
19053 Schwerin

Schwerin, den 07. August 2026

vorab per Email an: info@queer-mv.de

Wahlprüfsteine 2026 LSVD Queer MV e.V.

Ihre Email vom 06. August 2026

Sehr geehrte Carolin Philipp,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 06. August 2026. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

Frage 1: Diskriminierungsschutz in Grundgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz stärken

Frage:

1. Wie werden Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um einen ausdrücklichen Schutz aufgrund der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität zu ergänzen?
2. Welche weiteren Maßnahmen planen Sie auf Landesebene, um Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität wirksam zu verhindern?

Für uns Freie Demokraten steht die Freiheit jedes Menschen im Mittelpunkt. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität selbstbestimmt leben und die gleichen Rechte und Chancen haben. Diskriminierung widerspricht dem Leitbild einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft und darf keinen Platz haben. Die Aufnahme weiterer Merkmale in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes ist eine Frage des Bundesverfassungsrechts. Entsprechende Initiativen im Bundesrat werden wir anhand ihrer verfassungsrechtlichen Tragfähigkeit, ihrer praktischen Wirkung und ihres Beitrags zu einem wirksamen Grundrechtsschutz bewerten.

Entscheidend ist für uns, dass alle Menschen effektiv vor Diskriminierung geschützt werden und bestehende Grundrechte konsequent durchgesetzt werden. Auf Landesebene setzen wir auf einen starken Rechtsstaat, der Diskriminierung entschieden entgegentritt und Betroffene wirksam schützt. Staatliche Institutionen müssen allen Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität respektvoll, diskriminierungsfrei und auf Augenhöhe begegnen. Gleichzeitig wollen wir die Verwaltung weiter modernisieren, Verfahren vereinfachen und Bürgerrechte stärken. Digitale Verwaltungsleistungen, das Once-Only-Prinzip sowie ein verantwortungsvoller Umgang mit personenbezogenen Daten tragen dazu bei, staatliches Handeln transparent, bürgerfreundlich und diskriminierungsfrei auszugestalten. Eine offene Gesellschaft lebt vom gegenseitigen Respekt.

Frage 2: Abstammungs- und Familienrecht für Regenbogenfamilien reformieren

Frage:

- Wie werden Sie sich im Bundesrat für eine Reform des Abstammungs- und Familienrechts einsetzen, damit Regenbogenfamilien rechtlich gleichgestellt werden?
- Wie wollen Sie sicherstellen, dass Zwei-Mütter-, Zwei-Väter-, Mehrelternfamilien sowie Familien mit trans*- oder intergeschlechtlichen Eltern rechtlich abgesichert werden?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um die Rechte der Kinder in Regenbogenfamilien sowie die gesellschaftliche Akzeptanz vielfältiger Familienformen zu stärken?

Für uns ist entscheidend, dass das Familienrecht der Lebensrealität der Menschen gerecht wird und das Kindeswohl im Mittelpunkt steht. Das Recht sollte Vielfalt Rechnung tragen und verlässliche, praxistaugliche Lösungen schaffen. Das Abstammungs- und Familienrecht fällt in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes. Reformen werden wir daher im Bundesrat danach bewerten, ob sie Rechtssicherheit schaffen, das Kindeswohl stärken und die tatsächliche Verantwortung der Eltern und Erziehungsberechtigten angemessen abbilden. Kinder brauchen vor allem stabile und verlässliche rechtliche Verhältnisse. Deshalb setzen wir uns für Regelungen ein, die Kindern unabhängig von der Familienkonstellation Sicherheit geben und Verantwortlichkeiten eindeutig regeln. Dabei müssen die Interessen des Kindes stets Vorrang vor formalen Erwägungen haben. Darüber hinaus stehen wir für eine Gesellschaft, in der Menschen ihre Lebensentwürfe frei gestalten können und mit Respekt behandelt werden. Der Staat hat die Aufgabe, gleiche Rechte zu gewährleisten und Benachteiligungen abzubauen. Gleichzeitig soll er sich auf klare, rechtssichere und praktikable Rahmenbedingungen konzentrieren, anstatt unterschiedliche Lebensmodelle zu bewerten. Dieses Verständnis entspricht unserem liberalen Leitbild von Freiheit, Eigenverantwortung und einem Staat, der gleiche Chancen für alle schafft.

Frage 3: Selbstbestimmung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen sichern*

Frage:

- Wie werden Sie sich dafür einsetzen, die rechtliche Selbstbestimmung von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen dauerhaft zu gewährleisten?
- Wie bewerten Sie die Umsetzung des Offenbarungsverbots (§ 13 Selbstbestimmungsgesetz)? Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um Zwangsausings durch behördliche Register oder Datenverarbeitung wirksam auszuschließen?

- Wie soll aus Ihrer Sicht die Finanzierung geschlechtsangleichender bzw. transitionsbezogener medizinischer Maßnahmen künftig geregelt werden?
- Wie wollen Sie in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern eine wohnortnahe, unabhängige und qualifizierte Beratung für trans*- und intergeschlechtliche Menschen sicherstellen?

Für uns sind Selbstbestimmung, Menschenwürde und der Schutz der persönlichen Freiheit zentrale Grundwerte. Jeder Mensch soll sein Leben eigenverantwortlich gestalten können und darauf vertrauen dürfen, dass der Staat seine Persönlichkeitsrechte achtet und schützt. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Selbstbestimmungsgesetz sowie die Finanzierung medizinischer Leistungen liegen überwiegend in der Zuständigkeit des Bundes. Ein besonderer Stellenwert kommt dem Schutz sensibler personenbezogener Daten zu. Staatliche Register und Verwaltungsverfahren müssen so ausgestaltet sein, dass unnötige Offenlegungen persönlicher Informationen vermieden werden. Der Schutz der Privatsphäre und ein verantwortungsvoller Umgang mit personenbezogenen Daten sind wesentliche Bestandteile eines freiheitlichen Rechtsstaates. Deshalb setzen wir uns für moderne, datenschutzfreundliche und bürgerorientierte Verwaltungsverfahren ein. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist es wichtig, dass Beratungsangebote für alle Menschen gut erreichbar sind. Deshalb wollen wir digitale, hybride sowie mobile Verwaltungs- und Beratungsangebote ausbauen und die bestehenden Strukturen bedarfsgerecht so weiterentwickeln, dass Informationen und Unterstützungsangebote möglichst niedrigschwellig erreichbar sind.

Frage 4: Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam bekämpfen

Frage:

- Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam zu bekämpfen?
- Wie wollen Sie den Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (LAP Vielfalt) weiterentwickeln und konsequent umsetzen?
- Welche Maßnahmen planen Sie zur Sensibilisierung von Polizei und Justiz?
- Wie wollen Sie die Erfassung, wissenschaftliche Untersuchung und Prävention von Hasskriminalität sowie die Aufhellung des Dunkelfeldes verbessern?

Für uns Freie Demokraten gilt: Jede Form von Hasskriminalität ist ein Angriff auf die Freiheit und Sicherheit und muss mit der vollen Konsequenz des Rechtsstaates verfolgt werden. Niemand darf aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Opfer von Bedrohungen, Beleidigungen oder Gewalt werden. Deshalb setzen wir uns für eine gut ausgestattete Polizei, eine leistungsfähige Justiz und eine konsequente Strafverfolgung ein. Straftaten müssen unabhängig von den persönlichen Merkmalen der Betroffenen zügig aufgeklärt und konsequent verfolgt werden. Gleichzeitig wollen wir die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden kontinuierlich fortbilden, damit Hasskriminalität erkannt, angemessen eingeordnet und sensibel behandelt wird. Eine wirksame Bekämpfung von Hasskriminalität setzt zudem eine belastbare Datengrundlage voraus. Deshalb unterstützen wir eine kontinuierliche Erfassung und Auswertung entsprechender Straftaten, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und Präventionsmaßnahmen zielgerichtet weiterzuentwickeln. Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis sollten dabei systematisch in die kriminalpolitische Arbeit einfließen. Den Landesaktionsplan Vielfalt werden wir daran messen, ob die vorgesehenen Maßnahmen wirksam und zielgerichtet sind. Für uns stehen konkrete Ergebnisse im Vordergrund.

Maßnahmen des Landes sollten regelmäßig evaluiert, transparent überprüft und dort fortentwickelt werden, wo sie nachweislich zu mehr Sicherheit, Gleichbehandlung und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen.

Frage 5: Menschenrechtskonforme und LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik

Frage:

- Wie wollen Sie sich für eine menschenrechtskonforme und LSBTIQ-sensible Flüchtlingspolitik einsetzen?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um faire und kultursensible Asylverfahren, unabhängige Rechtsberatung sowie wirksamen Gewaltschutz in Gemeinschaftsunterkünften sicherzustellen?
- Wie stehen Sie zu Abschiebungen von LSBTIQ-Personen in Staaten, in denen ihnen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Verfolgung oder schwere Menschenrechtsverletzungen drohen?
- Wie wollen Sie LSBTIQ-Themen in Sprach- und Integrationskursen berücksichtigen?
- Werden Sie Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für LSBTIQ-Geflüchtete und LSBTIQ-Einwander*innen fördern? Wenn ja, in welcher Form?
- Wie wollen Sie sich im Rahmen der internationalen Partnerschaften Mecklenburg-Vorpommerns für die Rechte sexueller und geschlechtlicher Minderheiten einsetzen?

Für uns gehören Humanität und Rechtsstaatlichkeit untrennbar zusammen. Menschen, die Schutz benötigen, müssen ein rechtsstaatliches, faires und zügiges Verfahren erhalten. Gleichzeitig müssen geltendes Recht und rechtskräftige Entscheidungen konsequent umgesetzt werden. Diese Balance aus Menschlichkeit und Rechtsstaatlichkeit ist die Grundlage liberaler Migrationspolitik. Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität verfolgt werden, müssen im Asylverfahren angemessen berücksichtigt werden. Über Schutzansprüche ist stets auf Grundlage der individuellen Umstände und der geltenden nationalen sowie internationalen Rechtslage zu entscheiden. Eine Rückführung in Staaten, in denen konkrete Verfolgung oder erhebliche Menschenrechtsverletzungen drohen, ist mit den rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands nicht vereinbar. Gerade schutzbedürftige Personen müssen in Gemeinschaftsunterkünften wirksam vor Gewalt, Bedrohung und Diskriminierung geschützt werden. Dafür braucht es funktionierende Schutzkonzepte, klare Ansprechpartner sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Behörden und den Trägern der Unterkünfte. Ebenso wichtig sind gut erreichbare Beratungsangebote, die Betroffene unabhängig unterstützen und ihnen den Zugang zu bestehenden Hilfestrukturen erleichtern. Integration gelingt vor allem durch Sprache, Bildung, Arbeit und die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Integrationsangebote sollten deshalb die in unserem Grundgesetz verankerten Werte wie Menschenwürde, Gleichberechtigung und individuelle Freiheitsrechte vermitteln. Dazu gehört auch der respektvolle Umgang mit Menschen unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Internationale Partnerschaften Mecklenburg-Vorpommerns sollten den Austausch in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte stärken. Unser Ziel ist es, Freiheit, Toleranz und die Achtung der Menschenwürde als grundlegende Werte einer offenen Gesellschaft zu fördern. Dieses Verständnis entspricht dem liberalen Leitbild der FDP Mecklenburg-Vorpommern, das Freiheit, Eigenverantwortung und einen handlungsfähigen Rechtsstaat in den Mittelpunkt stellt.

Frage 6: Respekt und Akzeptanz im Alltag stärken

Frage:

- Wie wollen Sie den Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (LAP Vielfalt) weiterentwickeln und dauerhaft finanzieren?
- Wie wollen Sie Demokratieprojekte sowie Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Queerfeindlichkeit und Rechtsextremismus langfristig absichern?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um LSBTIQ-Themen stärker und verbindlich in Schule, Aus- und Fortbildung sowie Erwachsenenbildung zu verankern?
- Befürworten Sie die Beteiligung von LSBTIQ-Interessenvertretungen im NDR-Rundfunkrat? Bitte begründen Sie Ihre Position.

Wir erachten Respekt, Toleranz und die Achtung der Menschenwürde als grundlegende Werte einer freien Gesellschaft. Jeder Mensch soll unabhängig von seiner sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität frei und ohne Angst vor Ausgrenzung leben können. Den Landesaktionsplan Vielfalt werden wir an seiner Wirksamkeit messen. Entscheidend ist für uns, dass öffentliche Mittel zielgerichtet eingesetzt, Maßnahmen regelmäßig evaluiert und dort fortentwickelt werden, wo sie nachweislich zur Gleichbehandlung, zum Schutz vor Diskriminierung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Präventionsarbeit gegen jede Form von Menschenfeindlichkeit und Extremismus ist ein wichtiger Bestandteil einer wehrhaften Demokratie. Dabei setzen wir auf einen handlungsfähigen Rechtsstaat, eine konsequente Strafverfolgung sowie auf die Stärkung von Medienkompetenz und kritischem Denken. Bildungsangebote sollten Menschen dazu befähigen, eigenständig zu urteilen, unterschiedliche Positionen einzuordnen und Verantwortung in einer freiheitlichen Gesellschaft zu übernehmen. Eine verbindliche politische Vorgabe einzelner Unterrichtsinhalte sehen wir hingegen kritisch. Schulen sollen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag auf Grundlage der Bildungspläne und im Rahmen der Schulautonomie erfüllen.

Über konkrete Unterrichtsinhalte und deren pädagogische Ausgestaltung sollten Bildungswissenschaft, Fachlehrkräfte und die zuständigen Gremien entscheiden. Gleichzeitig muss Schule ein Ort sein, an dem alle Schülerinnen und Schüler respektvoll behandelt werden und Diskriminierung keinen Platz hat. Die Zusammensetzung des NDR-Rundfunkrats sollte aus unserer Sicht die gesellschaftliche Vielfalt angemessen abbilden und zugleich die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wahren. Über die Beteiligung einzelner Interessenvertretungen sollte nach transparenten sowie sachgerechten Kriterien entschieden werden. Maßgeblich ist für uns eine ausgewogene und pluralistische Zusammensetzung der Gremien.

Frage 7: Queere Gesundheit fördern

Frage:

- Welche Bedeutung messen Sie den AIDS-Hilfen, Beratungsstellen für sexuelle Gesundheit sowie deren Selbsthilfeangeboten für Menschen mit HIV/AIDS und andere LSBTIQ-spezifische Gesundheitsangebote bei?
- Wie wollen Sie diese Angebote dauerhaft, bedarfsgerecht und verlässlich finanzieren?
- Welche Maßnahmen planen Sie zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung von LSBTIQ-Personen, insbesondere im ländlichen Raum?

Für uns als FDP ist eine hochwertige gesundheitliche Versorgung unabhängig von Wohnort, Lebenssituation oder persönlichem Hintergrund ein zentrales Ziel. Alle Menschen müssen Zugang zu einer bedarfsgerechten, wohnortnahen und qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung haben. Beratungsstellen für sexuelle Gesundheit, AIDS-Hilfen und Selbsthilfeangebote leisten einen wichtigen Beitrag zur Prävention, Aufklärung und Begleitung betroffener Menschen. Sie können dazu beitragen, gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen, Versorgungslücken zu schließen und Betroffene in belastenden Lebenssituationen zu unterstützen. Deshalb sollten diese Angebote bedarfsgerecht ausgestaltet und regelmäßig hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüft werden. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist die Sicherstellung einer guten medizinischen Versorgung eine besondere Herausforderung. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der ambulanten Versorgung, den Ausbau mobiler sowie telemedizinischer Angebote, eine bessere digitale Vernetzung sowie den Abbau bürokratischer Hürden im Gesundheitswesen ein. Moderne Versorgungsstrukturen können dazu beitragen, spezialisierte Beratung und medizinische Leistungen auch außerhalb der Ballungsräume besser erreichbar zu machen. Öffentliche Mittel sollen dort eingesetzt werden, wo sie nachweislich einen Beitrag zu einer besseren Versorgung leisten. Deshalb stehen für uns Qualität, Wirksamkeit und eine bedarfsgerechte Ausrichtung bestehender Angebote im Mittelpunkt. Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die allen Menschen offensteht und den unterschiedlichen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger gerecht wird.

Frage 8: Queer und Alter

Frage:

- Welche Maßnahmen planen Sie, um den Bedürfnissen älterer sowie pflegebedürftiger LSBTIQ gerecht zu werden?
- Wie wollen Sie queersensible Pflege, Beratung, Wohnangebote und Altenhilfe fördern?
- Welche Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen für Einrichtungen der Altenhilfe und Pflege halten Sie für erforderlich?

Alle Menschen sollen auch im Alter selbstbestimmt, sicher und in Würde leben können. Pflege- und Unterstützungsangebote müssen sich an den individuellen Bedürfnissen der Menschen orientieren und ihnen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung ermöglichen. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern ist eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und verlässliche pflegerische Versorgung von besonderer Bedeutung. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung der ambulanten und stationären Pflege, den Abbau bürokratischer Hürden sowie eine bessere Fachkräftesicherung ein. Pflegeeinrichtungen sollen die Vielfalt ihrer Bewohnerinnen und Bewohner respektieren und ein diskriminierungsfreies Umfeld gewährleisten. Fort- und Weiterbildungsangebote können dazu beitragen, Pflegekräfte für unterschiedliche Lebensrealitäten und individuelle Bedürfnisse zu sensibilisieren. Aus unserer Sicht sollten Einrichtungen hierfür praxisnahe und bedarfsgerechte Qualifizierungsangebote nutzen, die eine professionelle und respektvolle Versorgung aller Pflegebedürftigen unterstützen. Wohn-, Beratungs- und Unterstützungsangebote sollten sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und allen Menschen offenstehen. Entscheidend ist für uns eine qualitativ hochwertige Versorgung, die Selbstbestimmung stärkt und Teilhabe ermöglicht.

Frage 9: Queere Räume sichern

Frage:

- Welche Bedeutung messen Sie queeren Begegnungsorten, Beratungsstellen und Community-Zentren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie bei?
- Wie wollen Sie queere Räume und Treffpunkte dauerhaft und bedarfsgerecht fördern?
- Welche Maßnahmen planen Sie, um queere Veranstaltungen, CSDs und Community-Einrichtungen wirksam vor Hasskriminalität, Einschüchterung und Übergriffen zu schützen?

Für uns Freie Demokraten lebt eine freie Gesellschaft vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Begegnungsorte, Vereine und zivilgesellschaftliche Initiativen leisten einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie Austausch ermöglichen, Menschen vernetzen und ehrenamtliches Engagement fördern. Dies gilt auch für queere Begegnungs- und Beratungsangebote. Öffentliche Förderung sollte sich dabei am tatsächlichen Bedarf, an nachvollziehbaren Zielen und an der Wirksamkeit der Angebote orientieren. Unser Anspruch ist ein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichen Mitteln. Deshalb setzen wir auf transparente Förderstrukturen, regelmäßige Evaluationen und eine verlässliche Förderung dort, wo Angebote einen nachweisbaren gesellschaftlichen Mehrwert schaffen. Wer öffentliche Veranstaltungen organisiert oder an ihnen teilnimmt, muss dies sicher und ohne Angst vor Einschüchterung oder Gewalt tun können. Deshalb setzen wir auf einen handlungsfähigen Rechtsstaat, eine gut ausgestattete Polizei und die konsequente Verfolgung von Straftaten. Hasskriminalität und politisch motivierte Gewalt – unabhängig davon, gegen wen sie sich richten – dürfen in einer freiheitlichen Gesellschaft keinen Platz haben.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Doreen Siegemund
Landesgeschäftsführerin